

Tierschutz- und Agrarpolitik 4

Atom- und Energiepolitik 11

Mehr Demokratie wagen 14

Bildungspolitik 16

Unsere Kandidat/innen 18

Wahlprogramm

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2011

Aus Protest und aus Verantwortung

***Tierfreunde, Umweltschützer und Protestwähler
wählen die Partei Mensch Umwelt Tierschutz!***



Tierschutzpartei

VORWORT

Wir treten für einen konsequenten Umwelt- und Tierschutz ein, nicht zuletzt, weil konsequenter Umwelt- und Tierschutz auch der beste Menschenschutz ist. Unsere Partei ist deshalb so außerordentlich wichtig, weil keine der etablierten Parteien bisher den Mut und die Einsicht gezeigt hat, alle heutigen Probleme in ihren ursächlichen Zusammenhängen zu verdeutlichen. Dies zu erkennen, aufzuzeigen und richtig anzugehen, ist eine unserer vordringlichsten Aufgaben!

Wir sind aus tiefer Überzeugung auf der Seite derer, die sich nicht aus eigener Kraft helfen können - seien es Menschen oder Tiere! Weil die sozialen Verwerfungen in unserem Land und weltweit zunehmen, richten wir unser Augenmerk selbstverständlich auch auf die Nöte der in Armut lebenden Menschen, um sowohl Hartz IV als auch Kinder- und Rentnerarmut zu begegnen. Wir sind damit die erste und einzige Partei in unserem Land, die sich gleichermaßen konsequent für Menschen und Tiere und Umwelt einsetzt.

Unsere Partei wurde am 13. Februar 1993 gegründet. Damit wurde der Grundstein für die weltweit erste Tierschutzpartei gelegt. Andere Länder sind uns gefolgt. In Europa gibt es bis heute neun weitere Parteien, die sich

weitgehend den gleichen Zielen, wie sie unsere Partei vertritt, verschrieben haben – in Frankreich, Spanien, Belgien, Luxemburg, Griechenland, Österreich, Großbritannien, in der Schweiz und in Holland, wo bereits zwei Abgeordnete unserer Schwesterpartei in das Parlament in Den Haag eingezogen sind.

Bei der Europa-Wahl 2009 erreichten wir mit 289 572 Wählerstimmen deutschlandweit 1,1 %, in Sachsen-Anhalt sogar 1,8 %. Damit lagen wir von 32 angetretenen Parteien in der Wählergunst an achter Stelle in Deutschland, in Sachsen-Anhalt sogar an siebenter Stelle. Das beste Ergebnis bei Landtagswahlen erreichten unsere Nachbarn, der Landesverband Sachsen, 2009 mit 2,1 % Stimmenanteil. In unserer Landeshauptstadt erzielten wir bei der Kommunalwahl 2009 sogar 2,5 % und sind seither mit einem Stadtrat im Magdeburger Rathaus vertreten.

Landtagswahl 2011:

Was wollen wir, die Partei Mensch Umwelt Tierschutz, in Sachsen-Anhalt erreichen? Wir werden die 5-Prozent-Hürde mit Sicherheit nicht schaffen. Warum uns dann überhaupt wählen, werden Sie sich fragen. Die Antwort: Vor allem aus Verantwortung gegenüber jenen Menschen, welche die meisten Parteien in Wahrheit schon längst abgeschrie-

ben haben. Aus Protest gegenüber einer Staatsmacht und Parteienlandschaft, die immer häufiger an den Bürgern vorbei-regiert. Aus Verantwortung gegenüber Millionen gequälter „Nutztiere“ in unserem Land und einer Umwelt, die kurz vor dem Kollaps steht.

„Stuttgart 21“ ist überall, auch in Sachsen-Anhalt. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass aus unserer Demokratie eine „Lobbykratie“ wird. Wenn unser demokratischer Rechtsstaat nicht zu einer Bananenrepublik verkommen soll, darf sich Politik nicht einerseits am Geldbeutel der Reichen orientieren und andererseits das Allgemeininteresse und den „kleinen Bürger“ aus den Augen verlieren.

Obwohl seit der Wiedervereinigung nun schon mehr als 20 Jahre ins Land gezogen sind, ist eine Gleichstellung der Ost- und Westrenten, wie von den Bürgern in Sachsen-Anhalt gefordert, nicht in Sicht.

Obwohl ein Großteil der Bevölkerung Tierversuche strikt ablehnt, obwohl sich die Mehrheit der Bürger/innen gegen die grausamen Tiertransporte, die antiquierte Tradition der Jagd und die tierquälerische Massentierhaltung wendet, fehlen in Sachsen-Anhalt ein Verbandsklagerecht für Tierschutz und ein eigenständiger Tierschutz-Artikel in der Landesverfassung, mit denen man alle diese negativen Auswüchse eindämmen könnte.

Jede Stimme für die Partei Mensch Umwelt Tierschutz ist eine „rote Karte“ für jene Landtagspolitiker, die sich blind

und taub stellen, wenn es um Umweltschutz, konsequenten Tierschutz und soziale Schieflagen in unserem Land geht. Jede Stimme für uns ist ein deutliches Signal, dass der Wähler die bisherige Klientelpolitik nicht weiterhin akzeptieren will.

Es muss eine Partei in Sachsen-Anhalt geben, die neue politische Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Veränderungen annimmt. Und wir können mitreden, nicht nur bei Tierschutz- und Umweltfragen. Unsere zukunftsweisenden Konzepte sind sozial, ökologisch, tierfreundlich und ganzheitlich. Wir sind keine Marionetten der großen Wirtschaftsverbände und Konzerne. Wir vertreten unsere Positionen, auch wenn sie nicht populär sind.

Und vergessen Sie nicht:

Eine Stimme für uns ist niemals eine verlorene Stimme, denn je mehr Wähler uns wählen, desto mehr werden sich die etablierten Parteien unserer Themen und Ziele annehmen, um den unbequemen Konkurrenten auch weiterhin kleinzuhalten.

In diesem Wahlprogramm wollen wir nicht detailliert auf alle Ziele eingehen, sondern nur die wichtigsten Schwerpunktthemen kurz erläutern.

Am 20. März Ihre Stimme - aus Protest und aus Verantwortung - der Partei Mensch Umwelt Tierschutz geben!



TIERSCHUTZ- UND AGRARPOLITIK



Tierschutz in Gesetzen verankern:

In Deutschland leben zurzeit rund 13 Millionen Rinder, 27 Millionen Schweine, 22 Millionen Kaninchen, 3 Millionen Schafe, 160 000 Ziegen, 54 Millionen „Masthühner“, 50 Millionen „Legehennen“, 10 Millionen Puten, 2,6 Millionen Enten, 400 000 Gänse und eine nicht bekannte Zahl von „Zuchtfischen“. Daneben werden Tausende von Nerzen, Chinchillas und Füchsen zur Pelzgewinnung gezüchtet. Hinzu kommen einige

Millionen Tiere in Tierversuchslaboren. In 350 Zirkusunternehmen und in 300 zoologischen Gärten und Wildparks werden Tausende Wildtiere gehalten. Geschätzte 90 Millionen Heimtiere leben in bundesdeutschen Haushalten und in Tierheimen. Und natürlich gibt es in Wald und Flur noch viele Wildtiere in Freiheit. Zum Schutz all dieser Tiere brauchen wir Gesetze; übrigens ist konsequenter Tierschutz auch der beste Menschen- und Umweltschutz, wie sich an vielen Beispielen belegen lässt.

Auslaufmodell Massentierhaltung:

Eine artgerechte Tierhaltung gibt es nur noch in einer geringen Anzahl von kleinbäuerlichen Betrieben, die mehr und mehr den massiv subventionierten „Tierfabriken“ weichen müssen - zum Nachteil der Tiere, die in der Massentierhaltung unter qualvollsten Bedingungen ihr kurzes Leben fristen. Ein radikales Umsteuern in der Landwirtschaftspolitik ist auch aus einem anderen Grund dringend geboten: Laut Angaben des Worldwatch Institutes sind die Emissionen aus der weltweiten „Nutztierhaltung“ mit mehr als 50 Prozent an der globalen Erwärmung beteiligt! Will man das Klima retten, muss als wichtigster Schritt die hohe Bestandsdichte an „Nutztieren“ drastisch zurückgefahren werden.

Eine artgerechte Tierhaltung schützt überdies Verbraucher/innen vor weiteren „Gammelfleisch-Skandalen“, die in der Regel eine Folge ausufernder Massentierhaltung sind. Für uns ist es unverständlich, dass potenzielle Betreiber von Massentierhaltungsanlagen in Sachsen-Anhalt mit offenen Armen empfangen werden! Es darf nicht sein, dass riesige „Tierfabriken“ die landwirtschaftlichen Strukturen in unserem Land zerstören und kleine landwirtschaftliche Betriebe in den Ruin treiben. Dies vernichtet mehr Arbeitsplätze als dass neue entstehen!

„Schweinefabriken“ produzieren Ammoniak, welches stark zur Verschlech-

terung des Waldzustandes führt! Die anfallende Gülle stellt nicht nur eine Geruchsbelästigung dar, sie gefährdet auch das Grund- und Oberflächenwasser. Mit Gülledüngungen gelangen Antibiotika, Schwermetalle und andere Stoffe über den Boden und das Grundwasser in die Nahrungskette. Darüber hinaus droht eine Übertragung von Bakterien und Viren kranker Tiere auf uns Menschen.

Die riesigen Monokulturen für Mastfutter und zur Verwendung für nachwachsende Energieträger gefährden die Flora und Fauna in unserem schönen Land. Landwirtschaftliche Klein- und Mittelbetriebe gewährleisten schon durch ihre Größenordnungen viel eher die Umweltverträglichkeit und die artgerechte Tierhaltung, die dem Verfassungsrang des Tierschutzes sowie dem Tierschutzgesetz entsprechen. Vor allem aber garantieren sie weitaus mehr beständige Arbeitsplätze im Vergleich zu den industriellen Mastbetrieben.

Gefahren durch „grüne Gentechnik“:

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt steht hinter der „grünen Gentechnik“, obwohl bisher die genauen Risiken und Wirkmechanismen unklar sind, wenn bei Pflanzen und Tieren das Erbgut verändert wird. Immer wieder tauchen bei gentechnisch veränderten Pflanzen unerwartete Eigenschaften auf. Forscher haben noch nicht geklärt, wie sich der Verzehr von gentechnisch

veränderten Organismen langfristig auf die menschliche Gesundheit auswirkt; es liegen keine Langzeitstudien vor. Da die genauen Risiken noch nicht feststehen, sind somit alle Konsumenten unfreiwillige „Testpersonen“! Ergebnisse einer aktuellen Langzeitstudie im Auftrag des österreichischen Gesundheitsministeriums ergaben, dass mit Gen-Mais gefütterte Mäuse in ihrer Fruchtbarkeit erheblich beeinträchtigt waren. Der Anbau von gentechnisch veränderten Organismen führt darüber hinaus auch zu einem dramatischen Artenrückgang.



Tierheime in Not:

Die Verantwortung des Menschen für die Tiere hat unter anderem ihren Niederschlag in der Gründung von Tierheimen gefunden; sie sind somit eine wertvolle kulturelle Errungenschaft, die es zu erhalten gilt. Durch die Wirtschaftskrise sowie durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit sind die Spendeneinnahmen eingebrochen und unsere Tierheime wurden in besonderem Maße in Mitleidenschaft gezogen, denn

viele Bedürftige geben ihr Tier im Tierheim ab, da sie die Kosten nicht mehr selbst tragen können. Die Folge ist eine finanzielle und personelle Überforderung; viele Tierheime stehen bereits vor dem Aus. Land und Kommunen müssen sich ihrer Verantwortung bewusst werden und nun handeln.

Hundesteuer und „Kampfhunde“:

Viele Hundehalter haben nur ein geringes Einkommen, leben von Hartz IV oder beziehen nur eine kleine Altersrente. Eine zusätzliche finanzielle Belastung durch Hundesteuer ist sozial unverantwortlich. Es ist nicht zu leugnen, dass es von Menschen - durch Abrichtung und falsche Erziehung - als „Kampfhunde“ missbrauchte Tiere gibt. „Kampfhunde-Rassen“ gibt es hingegen nicht! Die Erstellung sogenannter Rasselisten zur Gefahrenabwehr ist völlig ungeeignet. Die Diskriminierung von Haltern bestimmter Hunderassen ist darüber hinaus eine Einschränkung der Grundrechte und der persönlichen Freiheit.

Jagd - Töten aus Leidenschaft:

Im letzten Jahr wurden rund 5,5 Millionen Wildtiere erschossen, erbarmungslos erschlagen, in Fallen getötet oder grausam verstümmelt, was kaum bekannt ist, denn nicht nur in fernen Ländern, sondern auch in Deutschland ist die Fallenjagd gang und gäbe. Alle 6 Sekunden stirbt in unserem Land ein Tier durch Jägerhand. Darüber hinaus



werden schätzungsweise etwa 400 000 Hauskatzen und an die 65 000 Hunde jährlich von Jägern erschossen, erschlagen oder in Fallen umgebracht, wenn sie sich nur einige hundert Meter von ihrem Zuhause entfernt und in die freie Natur bewegt haben. All dies geschieht, obwohl laut repräsentativer Umfrage mehr als zwei Drittel der Bevölkerung von Deutschland der Jagd kritisch gegenüberstehen oder sie völlig ablehnen. Verwundert es da, dass sich die um ihr Hobby fürchtenden Jäger massiv bemühen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken? In aufwendigen Broschüren behaupten sie beharrlich, Jagd sei unverzichtbar, um das natürliche Gleichgewicht aufrechtzuerhalten und Tierarten vor dem Aussterben zu bewahren. Durch Informationsveranstaltungen in Schulen versuchen sie sogar, die Akzeptanz junger Menschen für die Jagd zu gewinnen und Nachwuchs für die Jägerschaft zu rekrutieren.

Tiermord im Zoo:

Die Tötung von „überzähligen“ Tieren - also aus wirtschaftlichen Gründen - unter dem Deckmantel eines

Zuchtprogramms ist mehr als verwerflich. Geschehen ist dies im Zoo in Magdeburg. Tigerbabys, die nicht in jeder Hinsicht dem Zuchtziel entsprachen, wurden getötet, obwohl das Tierschutzgesetz auch für zoologische Einrichtungen gilt. Trotzdem wurde eine einfache und schnelle Lösung gesucht, um sich der überzähligen Tiere zu entledigen. Solange es Zoos gibt, muss sichergestellt sein, dass diese sich nicht über das geltende Recht stellen! Zoologische Einrichtungen haben kein Privileg, gesunde Tiere im Zuge des Populationsmanagements zu töten!

Tierquälerei im Zirkus:

Immer mehr Menschen erkennen, dass Dressurnummern nicht mehr dem heutigen Verständnis von Tierschutz entsprechen. In Österreich ist die Haltung von Wildtieren im Zirkus seit 2005 per Gesetz verboten. Brasilien, Dänemark, Finnland und Schweden haben längst Haltungsverbote für bestimmte Tierarten wie Elefanten und Großkatzen beschlossen. Viele Städte und Gemeinden in anderen Ländern (u. a. in Belgien, Kanada, Italien) verweigern Unternehmen, die Wildtiere mit sich führen, den Auftritt auf öffentlichem Grund und Boden. In Deutschland dagegen wird lediglich „empfohlen“, einige Tierarten nicht in Zirkussen zu halten. Dabei gibt es aus ethischer Sicht keine Rechtfertigung, Wildtiere zum Zweck des Gelderwerbs gefangen zu halten, zu dressieren und zum Vergnügen in der Manege vorzu-

führen. Der moderne Zirkus - und davon gibt es immer mehr - kommt ohne Versklavung von Wildtieren aus.

Tierversuche sind immer grausam:

Seitdem die medizinische Forschung auf Tierversuchen basiert, sind Milliarden von Versuchstieren zu Tode gefoltert worden. Es ist höchste Zeit, die Strategie der Versuchstier-Ausbeuter zu durchschauen: Die Angst der Menschen vor Krankheit und Tod wird schamlos ausgenutzt, indem man ihnen suggeriert, eine Erforschung und Heilung ihrer Krankheiten sei ohne Tierversuche nicht möglich. Dabei werden die vielfältigen Unterschiede zwischen Mensch und Tier – physisch wie psychisch – wohlweislich verschwiegen.

Die Folge sind immer wieder auftretende Arzneimittelkatastrophen mit Miss-

bildungen, Siechtum und Todesfällen – man denke an „Contergan“, „Mexaform“ und „Lipobay“. Es ist ein Skandal, dass nach wie vor riesige Summen von Steuergeldern in die Tierversuchs-Industrie gepumpt werden – für 110 Millionen Euro wurden in Deutschland in den letzten Jahren neue Versuchslabore aus dem Boden gestampft - während gerade einmal 4 Millionen Euro für die tierversuchsfreie Forschung gewährt wurden.

Verantwortungsloser Umgang mit exotischen Tieren:

In deutschen Haushalten leben etwa 250 000 Riesenschlangen, 10 000 Giftschlangen, 10 000 Warane, eine unbekannte Zahl von Giffröschen, Chamäleons, Vogelspinnen, Affen und andere exotische Tiere. Viele

Tiere sterben auf dem Weg vom Fang bis zum Zielort oder durch unsachgemäße Haltung, weil viele Käufer nur über ungenügende Kenntnisse hinsichtlich der aufwendigen und schwierigen Haltung dieser Tiere verfügen. Jedes Jahr werden „Exoten“ in deutschen Wäldern ausgesetzt und werden zum Beispiel im Falle von Giftschlangen zu einer nicht zu unterschätzenden Gefahr für Menschen oder kommen dort elendiglich um.



I. Tierschutz in die Landesverfassung von Sachsen-Anhalt

Tierquälerei in jeglicher Form muss eingedämmt werden. Deshalb fordern wir entsprechend der Verankerung des Schutzes der Tiere im Grundgesetz die Aufnahme eines eigenständigen Tierschutz-Artikels in die Landesverfassung von Sachsen-Anhalt! Damit würde das „Land der Frühaufsteher“ eine Vorreiterrolle einnehmen und als erstes deutsches Bundesland der Verantwortung für unsere Mitgeschöpfe gerecht werden.

II. Einführung des Verbandsklagerechts für Tierschutzverbände

Nachdem bereits im Jahr 2002 dem Tierschutz mit Aufnahme von Artikel 20a Verfassungsrang zuerkannt wurde, ist die Einführung des Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzorganisationen überfällig. In Bremen wurde diese Forderung verwirklicht. Es würde Sachsen-Anhalt als fortschrittlichem Bundesland gut zu Gesicht stehen, wenn ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände in die Landesgesetze aufgenommen würde. Damit wäre auch die entscheidende Voraussetzung gegeben, um der ausufernden Zunahme von „Tierfabriken“ wirksam entgegenzutreten zu können. Was im Naturschutz längst erreicht wurde, ist endlich auf den Tierschutz zu erweitern!

III. Bauernhöfe statt Agrarfabriken

In unserer derzeitigen Landesregie-

rung finden sich in verantwortlichen Positionen typische Verfechter der tierquälerischen Massentierhaltung. Sie akzeptieren widerspruchslos einen Strukturwandel, der in Richtung Großbetriebe geht. Wir fordern für Sachsen-Anhalt eine konsequente Agrarwende – hin zu Biohöfen und zu einem ökologisch verträglichen Landbau. Im Interesse der gequälten „Nutztiere“ sind umgehend Verbesserungen in der Massentierhaltung durchzusetzen.

IV. Keine gentechnisch veränderten Pflanzen auf Sachsen-Anhalts Feldern

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz setzt sich für eine ökologische Landwirtschaft ohne Gentechnik ein, denn die Gesundheit von Mensch und Tier ist eines unserer zentralen Anliegen. Deshalb fordern wir von der zukünftigen Landesregierung, dass sie der „grünen Gentechnik“ ohne WENN und ABER eine Absage erteilt.

V. Finanzielle Unterstützung der Tierheime

Da die meisten Kommunen auf Grund ihrer angespannten finanziellen Situation eine Unterstützung von Tierheimen nur in sehr geringem Umfang leisten können, ist die Landesregierung von Sachsen-Anhalt dringend gefordert, einen - zeitlich befristeten - Sonderfonds einzurichten, um das Überleben der Tierheime auf breiter Basis zu gewährleisten.

VI. Hundesteuer und „Kampfhunde“-Gesetz abschaffen

Wir fordern die Abschaffung der Hundesteuer und stattdessen für jeden Hund eine gesetzlich vorgeschriebene Haftpflichtversicherung, verbunden mit einer unverwechselbaren Kennzeichnung (Chip) und behördlicher Registrierung. Die Diskriminierung von Haltern bestimmter Hunderassen ist eine Einschränkung der Grundrechte und muss sofort beendet werden. Stattdessen sollten Erst-Halter per Gesetz verpflichtet werden, sich einer Sachkunde-Prüfung entsprechend dem Schweizer Modell zu unterziehen.

VII. Gegen Haustierabschuss und Fallenjagd

Wir setzen uns ein für eine Novellierung des Landesjagdgesetzes von Sachsen-Anhalt, da viele Regelungen nicht mehr mit dem Grundgesetz vereinbar sind, seitdem der Tierschutz zum Staatsziel erhoben wurde (Art. 20a Grundgesetz). Vor allem fordern wir ein striktes Verbot des Abschusses von Haustieren und der grausamen Fallenjagd in Sachsen-Anhalt.

VIII. Mehr Tierschutz im Zoo

Wir fordern eine gesetzliche Regelung, dass Zoos an Anzahl und Größe ausreichende Unterbringungsmöglichkeiten für „überzählige“ Tiere bereitstellen und die Tötung dieser Tiere aus wirtschaftlichen oder züchterischen Gründen strikt verboten wird.

IX. Kein Zirkus mit Wildtierhaltung auf öffentlichen Flächen

Bevor sich die deutsche Regierung endlich zu diesem längst überfälligen Schritt entschließt, fordern wir, dass Sachsen-Anhalt für landeseigene Flächen ein Auftrittsverbot für Zirkusse mit Wildtieren beschließt.

X. Tierversuchsfreie Forschung

Wir fordern ein ausnahmsloses Verbot aller Tierversuche: in der Grundlagenforschung, der Gentechnik, der Medizin, im Studium, in der Toxikologie und Produktentwicklung, in der Rüstungs- und Weltraumforschung, der Lebensmittel- und Pharmaforschung sowie im Bereich Kosmetika und Abwassertests. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt kann ihren Einfluss im Bund geltend machen, wenn es um Tierversuche geht. In unserem Bundesland kann sie als ersten Schritt Tierversuche im universitären Bereich und im Studium verbieten.

XI. Haltung exotischer Tiere nur mit Sachkunde

Wir fordern, dass die Haltung „gefährlicher Tiere wild lebender Art“ in Privathaushalten seitens der Kommunen in Sachsen-Anhalt strenger überwacht wird, indem eine Sondergenehmigung beantragt werden muss und eine Sachkundeprüfung abzulegen ist.

ATOM- UND ENERGIEPOLITIK



Nein zu Merkels AKW-Laufzeitverlängerung:

Die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke bedroht nicht nur unsere Sicherheit, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land, das in den Bereichen Windenergie, Solarenergie sowie der Nutzung

von Biomasse eine Spitzenposition erreicht hat. Zehntausende Arbeitsplätze hängen von der Fortentwicklung der Nutzung erneuerbarer Energieträger ab. Die Entscheidung der Bundesregierung gefährdet diesen Prozess, da eine Laufzeitverlängerung der AKWs dazu führt, dass weiterhin sehr hohe

Mengen von Atomstrom bereitgestellt werden, was die Netz-Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern blockiert.

Nein zur Energie-Erzeugung aus „Bio-Masse“:

In einem umweltfreundlichen Energie-Mix hat die Energie-Erzeugung aus „Bio-Masse“ mit riesigen Monokulturen nichts verloren. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz setzt auf erneuerbare und nachhaltige Energie-Träger, deren Nutzung weder Mensch und Tier noch die Natur belasten!

In asiatischen und südamerikanischen Tropenländern sind es Palmöl- und Soja-Plantagen, bei uns sind es die Raps- und Maisäcker, die bereits ganze Landstriche in trostlose, Pestizid-verseuchte Monokulturen verwandelt haben, was zu einem beschleunigten Artensterben in Fauna und Flora beiträgt. Mittlerweile werden in Deutschland auf mehr als 1,5 Millionen Hektar - das sind rund 13 Prozent der gesamten Ackerfläche - „Energiepflanzen“ angebaut. Auch aus ethischen Gründen ist die Nutzung dieser Energieträger zu hinterfragen, denn wie kann es sein, dass wertvolle Nahrungsmittel oder Ackerflächen für Bio-Energieträger verwendet werden, wenn andererseits knapp eine Milliarde Erdbeohner - also jeder sechste Mensch - an Hunger leidet und täglich - laut Angaben der UNO - 25 000 bis 30 000 Menschen durch chronische Unterernährung und deren Folgeerkrankungen sterben?



Regenerative Energieträger noch mehr fördern:

Die Verstromung fossiler Energieträger ist weder klimafreundlich noch zukunftsorientiert. Braunkohle ist der klima- und gesundheitsschädlichste Energieträger, denn Braunkohlekraftwerke stoßen fast dreimal so viel Kohlendioxid aus wie z.B. Gaskraftwerke. Es gibt genügend regenerative Energien - wir müssen sie nur nutzen! Das schafft neue und sichere Arbeitsplätze in unserem Land. Sachsen-Anhalt ist zwar im Vergleich mit anderen Bundesländern führend im Bereich der Stromerzeugung durch erneuerbare Energieträger, aber die Landesregierung setzt nach wie vor auf Braunkohle als wichtigsten Energielieferanten. 6 Millionen Tonnen Braunkohle werden jährlich zur Gewinnung von Energie und Spezialprodukten abgebaut. Das verschandelt die Natur, belastet durch Feinstaub unsere Gesundheit und ist darüber hinaus klimaschädlich. Auch angesichts der Ressourcenendlichkeit ist eine Energiepolitik, die auf Wind und Sonne setzt, dringlicher denn je.

UNSERE FORDERUNGEN:

I. Ein klares NEIN aus Sachsen-Anhalt zur AKW-Verlängerung

Die Partei Mensch Umwelt Tier-schutz fordert die Landesregierung von Sachsen-Anhalt auf, sich gegen den Beschluss der Bundesregierung auszusprechen und alle politischen Möglichkeiten zu nutzen, die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken zu verhindern.

II. Solar- und Wind-Energie müssen Vorrang haben

Wir fordern den gezielten Ausbau der Energiegewinnung durch Solar- und Windenergie. Im gleichen Zuge ist die Reduzierung von Braunkohlekraftwerken und des Braunkohleabbaus voranzutreiben.



III. Keine Energiegewinnung aus wertvollen Pflanzen

Wir treten dafür ein, dass die Energie-Erzeugung aus „Bio-Masse“, die mit riesigen, trostlosen Monokulturen einhergeht, in Sachsen-Anhalt reduziert wird. Wir fordern, dass durch entsprechende Gesetze für eine Anbauflächenbegrenzung dieser Landschaftsverschandelung und dem beschleunigten Artensterben Paroli geboten wird.

MEHR DEMOKRATIE WAGEN



„Stuttgart 21“ ist überall:

Die Politikverdrossenheit nimmt stetig zu. Proteste, Demonstrationen, Bürgerbegehren und Volksentscheide sind wichtige Mittel der Demokratie und werden mehr und mehr wahrgenommen, wie man an „Stuttgart 21“ und den Atom- und Castoren-Demonstrationen sehen kann. Und schon warnt Ministerpräsident Dr. Wolfgang Böhmer (CDU) vor zu viel Mitbestimmung des Volkes.

Die Hürden für demokratische Mitsprache bei politischen Fragen sind extrem hoch angesetzt. Absichtlich, denn das Volk soll nicht mitentscheiden, geschweige denn mitregieren! Wir sind anderer Meinung! Ein aktuelles Beispiel für demokratische Mitbestimmung: Mehr als 16 000 Bürger haben sich mit ihrer Unterschrift für einen Bürgerentscheid in der Frage des Wiederaufbaus der Magdeburger Ulrichskirche aus-

gesprochen. Eine der Hauptinitiator/innen für diesen Bürgerentscheid ist Frau Bettina Fassel, Vorstandsmitglied im Landesverband Sachsen-Anhalt der Partei Mensch Umwelt Tierschutz, weil neben Tier- und Umweltschutz auch die Förderung von Demokratie und Bürgerentscheiden zu ihren Anliegen zählt.

Der Rechtslastigkeit entgegenwirken:

Der rechte Sumpf zieht mit seiner ausländerfeindlichen und populistischen Ideologie vor allem Jugendliche und „Vorgestrige“ an, die durch Lehrstellen- und Arbeitsplatzmangel sowie durch eine verfehlte Bildungs- und Sozialpolitik der Landesregierung perspektivlos geworden sind. Für die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuf-

ten Parteien sollte trotzdem im „Land der Frühaufsteher“ kein Platz sein, denn mit Rassismus und Rechtsextremismus werden keine Probleme gelöst - und schon gar nicht mit kernigen Parolen und Springerstiefeln.



UNSERE FORDERUNGEN:

I. Mehr Demokratie wagen durch mehr Mitbestimmung der Bürger/innen

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz fordert die Landesregierung von Sachsen-Anhalt auf, die gesetzlichen Bestimmungen und Hürden für Bürgerbegehren und Volksentscheide zu vereinfachen und zu erleichtern. Auch die Einführung des Klagerechts für Tierschutzverbände dient der Einbeziehung der Interessen der Bürger.

II. Aufklären und die innere Sicherheit stärken

Wir fordern die gezielte Aufklärung über rechtes Gedankengut an Schulen und die personelle Aufstockung von Sicherheitsbehörden, um auf rechtsextreme Gewalttaten besser vorbereitet zu sein.

BILDUNGSPOLITIK



Kein Aktionismus in der Bildungspolitik:

Jeder der „Schnellschuss-Versuche“ in der Bildungspolitik ging bisher zu Lasten unserer Kinder. Schlimmstenfalls wird alle fünf Jahre nach Landtagswahlen wieder das System geändert, und weder Schüler noch Lehrer noch Eltern kommen zur Ruhe. In 16 Bundesländern haben wir 16 verschiedene Schulsysteme. Der Sprachunterricht in Hessen beginnt in Klasse 3, in Baden-Württemberg dagegen in Klasse 1. Zieht eine Familie von Frankfurt/Main

nach Stuttgart, fehlen dem Schüler zwei Jahre Englisch. Auch in Sachsen-Anhalt basteln derzeit viele Parteien wieder an unterschiedlichen Modellen. Welche der verschiedenen Varianten, die im Gespräch sind - gemeinsames Lernen für vier, sechs, acht oder zehn Jahre, das dreigliedrige Schulsystem, Abschaffung der Hauptschule etc. etc. - das Allheilmittel gegen ein schlechtes Abschneiden im Ländervergleich sind, sollte nicht wieder überhastet in einem neuen Modell zu ändern versucht werden.

Chancengleichheit in Sachsen-Anhalt:

Die Verlierer im Berufsleben sind meistens Schüler/innen aus einkommensschwachen Familien. Das deutsche Bildungssystem trägt somit eine große Mitschuld, wenn Kinder und Jugendliche nicht mit gleichen Chancen ihren Lebensweg antreten können, weil die wirtschaftliche Benachteiligung nicht kompensiert und damit keine Chancengleichheit für alle geschaffen wurde. Der Staat hat Geld für marode Banken, aber spart bei unseren Kindern!

Umwelt- und Tierschutz als Pflichtfach:

Alle sprechen von Umweltschutz, von der Vernichtung der Regenwälder, von den Auswirkungen der Massentierhaltung auf das Klima, von der Zerstörung der Weltmeere usw. In der Schule aber sind diese brisanten Themen noch nicht angekommen, da in den schulischen Richtlinien ein Fach „Umwelt- und Tierschutz“ nicht vorgesehen ist.

UNSERE FORDERUNGEN:

I. Schulpolitik ist Bundessache

Mit dem Chaos in der Schullandschaft muss endlich Schluss sein! Deshalb fordert die Partei Mensch Umwelt Tierschutz als einzige Partei, Bildungspolitik künftig zur Bundessache zu machen und damit einheitliche Rahmenbedingungen für alle Bundesländer zu schaffen.

II. Chancengleichheit durch finanzielle Unterstützung verbessern

Der Staat muss für seine jungen Bürger/innen tiefer in die Tasche greifen. Die Kosten für Nachhilfeunterricht für Schüler/innen aus einkommensschwachen Familien sowie sonstige Fördermaßnahmen müssen von Land und/oder Kommunen bis zu einem gewissen Grad mitgetragen werden.



III. Umwelt- und Tierschutz gehören in die Schulen

Wir fordern das Kultusministerium von Sachsen-Anhalt auf, ein Schulfach einzuführen, in dem Schüler/innen mit Themen aus Umwelt- und Tierschutz vertraut gemacht werden.

Unsere Kandidat/innen

1. Josef Fassl, Magdeburg
2. Christine Bril, Eisleben
3. Angela Jackowski, Cobbel
4. Michael Müller, Augsdorf
5. Mirjam Karl-Sy, Magdeburg
6. Steffanie Koch, Haldensleben
7. Lothar Tietge (Stadtrat), Magdeburg
8. Andreas Döring, Schönebeck
9. Nancy Streit, Zerbst
10. Hans Roloff, Tangerhütte/OT Birkholz
11. Petra Jentzsch-Trummer, Magdeburg

Wollen Sie noch mehr erfahren, rufen Sie einfach bei uns an oder schreiben Sie uns.

**Landesgeschäftsstelle
der Partei Mensch Umwelt Tierschutz**

Haeckelstraße 10, 39104 Magdeburg,
Tel: 0391-56390846, E-Mail: bettinafassl@aol.com

Bildquellennachweise:

Seite 7

www.pro-iure-animalis.de

Seite 6, 8

Ärzte gegen Tierversuche e.V.

Seite 4, 12, 13, 14, 15, 16, 17

www.istockphoto.com

V.i.S.d.P.: Josef Fassl / Vorsitzender Landesverband Sachsen-Anhalt

*Wer nicht zur Wahl geht,
wählt falsch.*

*Ergreifen Sie Partei
für alle,
die keine Lobby haben.*

**Wählen Sie am
20. März 2011 die PARTEI
MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ!**

PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ

Landesverband Sachsen-Anhalt

Landesgeschäftsstelle

Haeckelstraße 10

39104 Magdeburg

Telefon 03 91-56 39 08 46

E-Mail: bettinafassl@aol.com



Tierschutzpartei

www.tierschutzpartei-sachsen-anhalt.de